Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitzeile entgegen. Sendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 83. [47. Jahrgang.] Dienstag den 7. April 1908. [47. Jahrgang.] Nr. 83.

Berlin, den 6. April.

Preßstimmen zur Annahme des Sprachenparagraphen.

Die langandauernde und bedeutsame Sitzung des Deutschen Reichstages am Sonnabend mit ihrem Abstimmungsergebnis findet in der Presse ihr Echo. Allerdings sind den außerhalb Berlins erscheinenden Zeitungen die Schlußmeldungen meist so spät zugegangen, daß sie sich für Sonntag früh zunächst mit der Wiedergabe des Verhandlungsberichts begnügen. — Die „Deutsche Tageszeitung" sagt u. a.:

Es nahmen 389 Abgeordnete an der Abstimmung teil. Kurz vorher hatte man noch 386 anwesende Mitglieder des Hauses gezählt, eine Fülle, die kaum jemals erreicht worden ist, denn zur absoluten Beschlußfähigkeit fehlen nur 11 Abgeordnete! Als das Ergebnis der Abstimmung vom Präsidenten bekannt gemacht worden war, erhob sich nach einem Moment lautloser Stille ein ungeheurer Tumult. Der Gegenblock-Treibund lärmte und tobte, und die Polen ließen aubverende Phiswe ihrer Galle entströmen. Aber mit gleicher Stärke tobte das Bravorufen der Blockparteien ein, schließlich die „Gegendemonstration" überschrie. — Das war der Abschluß einer langen Reihe von Lärm- und Skandalszenen, die die Gegner der Vorlage verübten, und leider müssen wir feststellen, daß das Zentrum an Radauslustigkeit fast noch die Sozialdemokraten übertraf. Es war leider auch fehlte der Genosse Heine, der sonst doch sicherlich — er, der so ungeheuer empfindlich gegen Störungen seiner eigenen Reden ist — seine rotzn Brüder zur Wohlanständigkeit ermahnt haben würde. Uebrigens erteilte ihm und den übrigen Genossen gestern auch, wie wir beiläufig bemerken möchten, Staatssekretär v. Bethmann Hollweg eine gute Lektion, indem er, als ihm bei einer seiner Reden die Sozialdemokraten: „Lauter! lauter!" zuriefen, ihnen erwiderte, daß er mindestens ebenso laut und deutlich spreche wie gestern der Abg. Heine, was zur Folge hatte, daß wenigstens ihn die rote Gefahr durch Radau nicht mehr störte. . . . Aber alle Blockredner wurden niedergelacht, geziebelt, geschrien, sogar der konservative Redner Graf Oeder zu Putlitz und der Reichsparteiler Kolbe, die in ruhig vornehmer Weise den schon vorher längst bekannten Standpunkt ihrer Fraktionen darlegten. — Ganz besonders bemerkenswert war die Rede des deutschen Volkspartelers v. Payer, der dem Zentrum vorhielt, daß es ihm mit seiner heftigen Polemik gar nicht so ernst sei, daß die Herren in der Mitte nur mit halbem Herzen bei der Sache seien. Es ist ein sehr beachenswerter Fortschritt in der Erkenntnis der Polenfrage, wenn ein so eifriger Demokrat aus Süddeutschland erklären konnte, daß die polnischen Verhältnisse durchaus nicht so klar liegen, wie man sich das bisher in Süddeutschland gedacht habe, und daß er durchaus nicht Lust habe, für die Polen eine Lanze zu brechen, die wohl die gleichen Rechte wie die andern Staatsbürger beanspruchen, aber von den gleichen Pflichten nichts wissen wollen. Erst heute habe man ja wieder aus polnischem Munde das Wort von der großpolnischen Bewegung gehört. Ferner ist Herr v. Payer als südwestdeutscher Demokrat extremer Richtung wohl als sachverständig für die Beurteilung des ganzen Vereinsgesetzes in seiner Wirkung auf südbeutsche Verhältnisse zu betrachten. Und wenn er erklärt, daß die Vorlage auch für Süddeutschland, und zwar für sämtliche süddeutschen Staaten einen außerordentlichen Fortschritt, natürlich in freiheitlicher Richtung — bedeute, so fällt das schwer in die Wage. Endlich hörte man von dem Worte, die auch nicht immer zu dem Genossen der Demokratie gehörten, und es bedeutete zu wünschen, daß sie bei allen seinen näheren und entfernteren politischen Freunden Widerhall und praktische Bestätigung finden, im Gegensatz zu der leitherigen Praxis des bürgerlichen Liberalismus. In Abwehr von Angriffen der Sozialdemokraten und deren augenblicklicher Verbündeten gab der Abg. v. Payer die denkwürdige Erklärung ab:

„Jeder von uns, der im politischen Leben praktisch tätig ist, weiß, daß von Zeit zu Zeit bei jedem die Stunde wiederkehrt, in der er sich sagen muß, daß die theoretische oder rein logische Durchführung eines bestimmten Programmsatzes bis ins kleinste Detail und bis in die allerletzte Konsequenz zu Erscheinungen und Resultaten führen muß, die einfach unerträglich sind. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.) Man kommt auf diesem Wege hier und da an dem Punkte an, wo man sich sagen muß, daß man der Sache, der man dienen und der man nützen will, schadet, wenn man zu einseitig ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Durch Uebertreibungen kann man gerade denjenigen, denen das Prinzip zu gute kommen soll, direkt schwere Schädigung zufügen."

Wir haben diese von den anderen Linksliberalen mit Beifall begrüßte Stelle seiner Rede hier wörtlich wiedergegeben, weil sie ein neues Programm bedeutet, zu dem man die linksliberale Fraktionsgemeinschaft nur beglückwünschen kann. Wir werden vielleicht in Zukunft noch Gelegenheit haben, auf diese verständigen Worte hinzuweisen."

Seitens der Nationalliberalen Korrespondenz wird folgendes Stimmungsbild geboten:

„Die Entscheidungsschlacht: Der Kampf um den § 7! Früh hat er angehoben; schon um die elfte Vormittagsstunde. Und durch die Gänge schwirrt das Gerücht: es kommt leicht Abend, leicht auch Nachtsitzung werden, ehe man an die Abstimmung kommt. Denn heute will man von dem Aufkunftsmittel, durch Schlußanträge die Debatte zu kürzen, nicht Gebrauch machen. Sie sollen sich ausreden; die ohnehin in der Minderheit sind, sollen nicht mit dem bitteren Gefühl scheiden, unrecht gemacht und vergewaltigt worden zu sein. Das ist nicht nur nobel, das ist auch klug. Denn wie wird der Aussprache von vornherein ein gut Teil Bitterkeit genommen. — Das Haus ist heute nahezu eben so stark besucht wie am Freitag. Aber die Stimmung hat sich gegen gestern ein wenig gebessert. Man ist nicht mehr so erregt, nicht so voll heißer Leidenschaftlichkeit. Auch die Nebelmörder heulen nicht mehr durchs Haus. Man redet ja auch nur; ergößlich sich noch einmal, was man in der Kommission einander schon vielfach erzählt hat. Nur ab und zu wird etwas von der gestigen Nervosität wieder lebendig; unterbrechen dröhnende „Hört-hört"-Rufe von Zentrum und Polen den ihnen abgünstigen Redner, braust von denselben Reihen her schallendes Gelächter durch den Saal; folgt langanhaltendes feindseliges Zischen dem abziehenden Redner. — Fünf Stunden ist über die heute Vielgestaltigkeit des Blocks gespottet. „Sind denn in der russischen Fraktion die Gegensätze geringer?" fragte Herr Hieber mit seinem Lächeln. Und auf die bewegliche Rede des nämlichen Fürsten, daß bei diesem Gesetz der Kampf zwischen christlicher und nationalchristlicher Weltanschauung entschieden würde, antwortet er mit der Feststellung, daß die Polen ihn doch Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten kämpfen, die schließlich nicht gut als Hüter und Schützer der christlichen Religion angesehen werden dürften. Dr. Hieber erörterte dann den § 7 noch im einzelnen. Zu Ueberwachungszwecken sei der Sprachparagraph unerläßlich. Preußen halte die Macht an der Ostmark; habe sie bislang mit Geschick gehalten, und es ginge nicht an, ihr die Machtmittel zu weigern, die sie zu solchem Ende zu bedürfen glaube. Mit tiefem Ernst redet Hieber Herrn Stadthagen und Genossen, der sorben das furchtbar aufreizende Schlagwort gebraucht hatte: die Polen würden im § 7 einen Kampfparagraphen gegen die katholische Religion erblicken. Und einen edlen Schwung nimmt seine Rede, als er gegen § 7 noch im einzelnen. Zu Ueberwachungszwecken sei der Sprachparagraph unerläßlich. Preußen halte die Macht an der Ostmark; habe sie bislang mit Geschick gehalten, und es ginge nicht an, ihr die Machtmittel zu weigern, die sie zu solchem Ende zu bedürfen glaube. Mit tiefem Ernst redet Hieber Herrn Stadhn ins